„Kulturkampf“ à la AfD

Hinter dem Hass, der jenen entgegenschlägt, die sich nationalen Botschaften verweigern, verbergen sich weniger psychologische Deutungsmuster als vielmehr handfeste ökonomische Interessen

„Deutsche kulturelle Identität, was soll das sein?“, (hlz 1-2/20) fragt ein Leser zum Artikel „Wie gefährlich ist die AfD?“ (hlz 12/19). Und er verweist auf ein Ergebnis der schulischen Selektion, wenn die höher Beschulten das Bildungsinstitut mit Wissensbrocken oder gar vermehrtem Wissen über „Literatur, Kunst, Theater, klassische Musik, Geschichtsbewusstsein“ etc. als sogenannte Bildungsbürger_innen verlassen. Was die Masse „oft wenig“ oder gar nicht interessiert, da ihr zwei bis drei Schuljahre vorenthalten worden sind, was Kritiker_innen des selektiven Schulwesens als „Ausschluss von Bildung“ bemängeln. Damit wäre der Grund dafür festgemacht, warum diese „Schicht“, die ein alter Kritiker dieser Gesellschaft auch als „Klasse“ bezeichnet hat, nach der Schule ganz bestimmten – über den jeweiligen Schulabschluss herbeigeführten – Zwecken zugeführt wird. Dazu hier ein Beitrag zum „Diskurs“, der sich nicht bedingungslos den herrschenden „demokratischen Prinzipien“ unterordnet.

Was ist „kulturelle Identität“?

Seit die AfD auf den Plan getreten ist, liegt die Identitätsfrage nicht mehr nur in den Händen der „Altparteien“, die nach Maßgabe der „Political Correctness“ auf ihr Volk erzieherisch einwirken wollen; nämlich mit demokratisch legitimierter Politik, die Wert darauf legt, die von ihr verwaltete Gesellschaft als „Gemeinschaft“ zu propagieren, obwohl deren gegensätzliche sozialen Charaktere (Arbeit und Kapital, Wohneigentum und Miete etc.) und die sich daraus ergebenden Interessen zu ganz unterschiedlichen Resultaten führen. Der neue Konkurrent hat mittlerweile den Kulturkampf eingeleitet: Die AfD klagt über die Lage der Nation und wirft der Regierung Pflichtvergessenheit höchsten Grades („Volksverrat“) vor.

Der Parteienneuling startet durch

Die – mittlerweile nicht mehr ganz so – neue Partei hat einige Millionen Wähler_innen hinter sich versammelt und sich seit einigen Jahren fest in deutschen Parlamenten etabliert. Die jahrzehntelange Dominanz der „Altparteien“ in Regierungsverantwortung wurde gehörig durcheinander gewürfelt. Der Souverän hat im Wahlakt das Dauerabonnement der „Parteien der Mitte“ auf Regierungsverantwortung durch den Parteienneuling in Frage gestellt. Die AfD wirft den Altparteien, insbesondere der Merkelschen Flüchtlingspolitik Anno 2015 vor, die „nationale Identität“ – die ja gerade von der Staatsgewalt wegweisend als „Leitkultur“ ausgerufen wird – verraten zu haben.

Wenn der Ex-Vorsitzende Gauland von „unseren Traditionen, unserer Kultur und … unserer Sprache“ spricht, zeigt sich aber, dass diese Bestimmung gar nicht so leicht zu haben ist. Willkommen sollen Menschen im anderen Nationalgewand nur dann sein, wenn sie „unsere Sprache beherrschen“ - obwohl Gauland bekannt sein dürfte, dass es etliche Millionen Biodeutsche gibt, die an dieser Anforderung trotz Schulbesuch gescheitert sind. Nur dann, wenn Nicht-Deutsche „unsere Literatur“ lesen, sich ganz den deutschen Lebensstil aneignen und bedingungslos das Deutschtum assimilieren, „sind sie als Deutsche willkommen“, wie man von Gauland hört. Dafür dürfen sie natürlich nicht dem Sozialstaat auf der Tasche liegen.

Mit der Metapher, er dürfe doch wohl „Zweifel bei Menschen haben, die nun mal die Kaaba umrunden“ (faz.net), kehrt der AfD-Mann seine Islamfeindschaft heraus. Pilgert ein Nationalspieler, in Deutschland geboren, nach Mekka, gebe er zu erkennen, nicht zu uns zu gehören. Merkel habe mit unkontrollierter Grenzöffnung die Sicherung der Landesgrenzen aufgegeben – laut AfD ein unentschuldbares Vergehen an der „ersten Pflicht eines Staates“. Die Menschenmassen aus „vieler Herren Länder“ ins Land zu lassen, gefährde die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“. Dabei ist die allgemeine Ordnung nichts anderes als das flächendeckende, in der Praxis unumstößliche Regiment des staatlichen Gewaltmonopols. Dieser Zwang ist aber den Rechten selbstverständlich. Daueraufgabe des Staates sei die Selbstbehauptung, mit der er sich gegen Feinde von außen und von innen permanent zur Wehr setzt.

Zwei Kernpunkte der AfD-Kritik

Antimaterialistisch…

Rechte verunstalten, so mo-

nieren Kritiker, die „positive“ Seite „kultureller Leistungen“ bis hin zur „Verherrlichung“ der eigenen Nation mit der Aussage: „Wir sind besser als die anderen!“ Aber das ist das gültige Prinzip des Mitmachens in einer Konkurrenzökonomie – auch in der deutschen. Ein Beispiel: Ein materiell schlecht gestellter Mensch wendet beim Ansprechen dieses Faktums die Technik des Vergleichs an, immerhin gehe es ihm noch besser als den Hungerleidern auf dem Schwarzen Kontinent. Er thematisiert seine Not erst gar nicht, weil sein Bemühen darauf abzielt, mit mehr Arbeitseinsatz seine Einkommenssituation zu verbessern. Weil das seine Mitkonkurrenten auch wollen – es ist ja bekannt, dass der Andrang bei den schlecht dotierten Jobs groß ist –, bekommen die den Job, die ihn für weniger Geld und mehr Arbeitsleistung machen wollen. Das ist Beleg genug, sich in den miesen Verhältnissen einzurichten und darin zu bewähren, weil einem in der Praxis kein anderer Weg offen steht.

Sich einmal gedanklich mit den Gründen der eigenen Armut zu befassen, ist nicht Sache der Mehrheit. Natürlich würde einem das noch kein angenehmeres Leben bescheren, dafür wären noch andere Konsequenzen nötig Wenn Deutschland als „Lokomotive“ der EU-Wirtschaft gilt, als Gewinner anderen Ländern Pleiten beschert und dort jede Menge Arbeiter_innen freisetzt, zieht der „kleine Mann“ trotz Existenznöten hierzulande daraus den Schluss, aufgrund der wirtschaftlichen Größe Deutschlands „besser“ dazustehen als seine Konkurrenten im Süden Europas. Natürlich stellen ihn Arbeitsdruck und miese Bezahlung in ähnlicher Weise vor Probleme. Aber er nimmt dazu jetzt eine nationalistische Stellung ein.

Das psychologische Theorem der „Minderwertigkeit“, „Unsicherheit“, gar „Angst“ wären der Motor dieser Handlung – das ist nicht schlüssig

… Psychologisch

Rechte „Angebereien“ verweisen auf unsichere, ängstliche „Geschöpfe“ – so eine beliebte Diagnose, die den tiefer liegenden Motiven nachforscht. Aber die Behauptung, das psychologische Theorem der „Minderwertigkeit“, „Unsicherheit“, gar „Angst“ wäre der Motor dieser Handlung, ist nicht schlüssig. Wenn jemand mit seinem Verdienst angibt, etwa damit, was er sich alles leisten kann und wie er im Vergleich zu anderen dasteht, zeigt er sich doch in seinen Darstellungskünsten ganz selbstbewusst und auftrumpfend. Der andere Fall: Eine Hartz IV-Empfängerin verkriecht sich eher schamvoll in ihrer kleinen Wohnung und sucht die Schuld bei sich. Hat sie sich in Schule und Ausbildung nicht genügend angestrengt, wie vom Lehrpersonal immer angemahnt? Hier liegt aber kein Persönlichkeitsdefekt vor, sondern ein falsches Urteil übers Bildungs- und Beschäftigungssystem. Um Arbeitsplätze konkurrieren in der Regel etliche Bewerberinnen. Wenn nun alle sich mehr anstrengen, hilft das auch nicht. Mehr Arbeitsplätze wären dadurch nicht im Angebot gewesen.

Fazit: Es wäre notwendig, die Debatte im Blick auf Gemeinsamkeiten und Differenzen der staatstragenden Parteien mit der AfD zu führen. Dann wären identische Inhalte wie Volk, Volksgemeinschaft, Nationalstaat, Heimat und Familie aufs Korn zu nehmen. Von der unabdingbaren nationalstaatlichen Verfassung z. B. wollen die Kontrahenten um die politische Macht nicht lassen.

Es sind nicht nur die vordergründig einleuchtend klingenden Kulturgüter wie Goethe, Beethoven, die Sprache u. a., die für ein unbedarftes Verwenden der „kulturelle Identität“ sprechen, bei genauerem Hinsehen steht dahinter eine politische Macht, die den Begriff für ihre Zwecke eingemeindet hat und gnadenlos nutzt. Deutschlands ökonomische Größe und Machtfülle sollen noch mehr Weltgeltung bekommen. Klar dürfte sein, wessen Interessen dabei weiter `unter die Räder´ kommen.

F. BERNHARDT
Ruheständler

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson,

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: Beck

Rückseite: hlz / Jamil Jalla

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 9-10/2020: 2.9.2020